

David Thunder

Wie der Versuch, den öffentlichen Diskurs von „Fehlinformationen“ zu säubern, die Wissenschaft und rationale Untersuchungen untergräbt

<https://cdoi.org/1.1/063/000059> (Translation. English Original:)

Wir, die Bürger des Westens, hören oft von Regierungsvertretern, „Fact-Checking“-Organisationen und herkömmlichen Medien, dass die digitalisierte öffentliche Sphäre ein verräterisches Umfeld ist, in dem die Bürger großen Mengen an falschen/irreführenden und schädlichen Informationen ausgesetzt sind, Informationen, die das Potenzial haben, das Misstrauen gegenüber der öffentlichen Autorität zu fördern, Wahlergebnisse zu verzerren und schädliche Überzeugungen und Verhaltensweisen in Bezug auf Themen von großem öffentlichen Interesse wie Einwanderung, Krieg, Klimapolitik und Impfungen zu fördern.¹ Zahlreiche Strategien wurden vorgeschlagen, um die Verbreitung falscher und schädlicher Informationen zu bekämpfen, darunter direkte staatliche Zensur, die freiwillige Sperrung und das sog. „Shadow-banning“ von Straftätern durch Unternehmen der sozialen Medien, öffentliche Informationskampagnen, die Gründung von „Fact-Checking“-Organisationen zur Widerlegung falscher, irreführender oder schädlicher Informationen und die Ausübung von rechtlichem und politischem Druck auf Unternehmen der sozialen Medien, damit diese „Fehlinformationen“ zensurieren oder einschränken. In diesem Artikel möchte ich die Vorstellung kritisch hinterfragen, dass Regierungen oder private Akteure wie Social-Media-Unternehmen sich bemühen sollten, „Fehlinformationen“ aktiv zu unterdrücken oder einzuschränken, was in diesem Zusammenhang als schädliche und falsche oder irreführende Informationen verstanden werden kann.

Politische Entscheidungsträger sind sich weitgehend darüber im Klaren, dass Bemühungen, die Verbreitung falscher, irreführender und schädlicher Informationen einzuschränken oder zu unterdrücken, sorgfältig mit dem Wert der freien Meinungsäußerung in Einklang gebracht werden müssen, der sowohl in nationalen als auch in internationalen Gesetzen verankert ist.² So wird beispielsweise in einem Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2022 unterstrichen, dass „Maßnahmen gegen die Verbreitung von Desinformationen“ (verstanden als Informationen, die „ungenau sind, zur Täuschung dienen und mit dem Ziel verbreitet werden, ernsthaften Schaden anzurichten“) „mit den internationalen Menschenrechtsnormen in Einklang stehen und das Recht des Einzelnen auf freie Meinungsäußerung, einschließlich der Freiheit, Informationen zu suchen, zu empfangen und weiterzugeben, fördern, schützen und achten sollten“ (Absatz 11). In ähnlicher Weise heißt es im kürzlich in Kraft getretenen europäischen *Gesetz für digitale Dienste*, dass Diensteanbieter Maßnahmen ergreifen sollten, um das „systemische Risiko“ von „Desinformation“ zu mindern, „unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit“ (Absatz 86).

Diese übliche Anerkennung der Notwendigkeit, Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation mit der Achtung des Wertes der freien Meinungsäußerung zu verbinden, ist

zu begrüßen. Dennoch ist die Art und Weise, wie das Problem der „Fehlinformation“, worunter ich (absichtlich oder unabsichtlich) ungenaue/irreführende und schädliche Informationen verstehe, üblicherweise dargestellt wird, sehr irreführend. Man gewinnt den Eindruck, dass es eine bestimmte Menge an „Fehlinformationen“ gibt, die von den Behörden ohne weiteres identifiziert werden kann und gegen die dann eine Reihe von Abhilfemaßnahmen ergriffen werden können. Nach diesem Bild kann die Aufsichtsbehörde, sei es ein privates Big-Tech-Unternehmen, ein staatliches Organ oder ein internationales Regierungsorgan wie die Europäische Kommission, „Fehlinformationen“, d. h. ungenaue Inhalte, mit Sicherheit erkennen (z. B. öffentliche Gesundheit, Vertrauen in öffentliche Institutionen oder Rechtsstaatlichkeit), und dann eine Strategie zur Einschränkung solcher Inhalte entwickeln, wobei Sie den Wert der Meinungsfreiheit angemessen berücksichtigt.

Wie ich in diesem Beitrag darlegen werde, vereinfacht dieses Bild die Art der Bedrohung durch Fehlinformationen erheblich und ignoriert praktisch die erheblichen Risiken von Maßnahmen, die darauf abzielen, diese zu zensieren oder zu unterdrücken, insbesondere das Risiko, die wahrheitssuchende Funktion öffentlicher Untersuchungen und Debatten wissentlich oder unwissentlich zu sabotieren. Zweifellos gibt es bestimmte Formen der Kommunikation, die vom moralischen Empfinden der Allgemeinheit zu Recht verurteilt werden und nach allgemeiner Auffassung eine gesetzliche Zensur oder Unterdrückung verdienen, wie etwa die Verbreitung von Kinderpornographie und die Aufstachelung zur Gewalt. Die Schäden, die eine solche Kommunikation für unschuldige Bürger mit sich bringt, sind für die meisten vernünftigen Bürger guten Willens ziemlich offensichtlich, und nur sehr wenige würden behaupten, dass diese Art von Kommunikation irgendetwas von Wert für die öffentliche Untersuchung oder eine vernünftige Selbstdarstellung beiträgt. Bei Behauptungen, die im Rahmen politischer und wissenschaftlicher Debatten unter friedlichen und gesetzestreuen Bürgern vorgebracht werden, sind die Argumente für eine wie auch immer geartete Zensur hingegen wesentlich schwächer.

Die Forderung nach Einschränkung oder Zensur von Fehlinformationen im Rahmen politischer und wissenschaftlicher Debatten, sei es seitens privater Unternehmen oder Regierungen, geht naiv davon aus, dass es ein Auswahlverfahren gebe, mit dem eine besondere Klasse von Bürgern zuverlässig ausgewählt werden kann, die aufgrund ihres überlegenen Wissens oder ihrer Weisheit in einzigartiger Weise qualifiziert ist, Stellungnahmen zu Themen abzugeben, die Gegenstand laufender politischer und wissenschaftlicher Debatten sind, und zwar in einer Weise, die für die breite Öffentlichkeit epistemisch maßgebend oder verbindlich ist. Gleichzeitig wird naiv davon ausgegangen, dass diejenigen, die befugt sind, ungenaue und schädliche Informationen zu unterdrücken, mit viel geringerer Wahrscheinlichkeit als alle anderen selbst „Fehlinformationen“ (ungenaue und schädliche Informationen) verbreiten oder befürworten. Wenn ich Recht habe und es keinen Grund gibt, anzunehmen, dass es ein Auswahlverfahren gibt, das zuverlässig eine besondere Klasse von Personen auswählt, die in einzigartiger Weise qualifiziert ist, laufende politische und wissenschaftliche Debatten zu schlichten, dann ist das ganze Unternehmen der Eindämmung von Fehlinformationen, zumindest im Zusammenhang mit sich entfaltenden politischen und wissenschaftlichen Debatten, ein sinnloses Unterfangen. Wenn meine Argumentation zutrifft, dann geht es bei dieser Art von Redebeschränkungen in der Tat nicht um einen Kompromiss zwischen der Meinungsfreiheit und dem öffentlichen Gut eines erkenntnistheoretisch fundierten diskursiven Prozesses: Im Gegenteil, sie schaden

dann offensichtlich *sowohl* der Meinungsfreiheit *als auch* der Integrität des diskursiven Prozesses als Mittel zur Wahrheitsfindung.

Die Argumentation wird sich in vier Schritten entfalten: Zunächst spezifiziere ich die Arten von Redebeschränkungen, die in den Anwendungsbereich meiner Argumentation fallen. Zweitens argumentiere ich, dass die Bemühungen eines Regulierers, das einzuschränken oder zu unterdrücken, was er für ungenaue/irreführende und schädliche Informationen hält, im Kontext einer lebhaften öffentlichen Debatte unter friedlichen und gesetzestreuen Bürgern unvernünftig und kontraproduktiv sind. Drittens argumentiere ich, dass der Glaube an die Zensur als Instrument zur Bekämpfung von Fehlinformationen im Rahmen politischer und wissenschaftlicher Debatten auf einer falschen Vorstellung von einem erfolgreichen diskursiven Prozess beruht, der auf Säulen der Wahrheit ruht, die künstlich gegen öffentliche Anfechtung immunisiert sind, und nicht auf einem sich entwickelnden und unvorhersehbaren Entdeckungsprozess. Schließlich ziehe ich aus unserer Diskussion einige praktische Schlussfolgerungen für unser Verständnis des Problems der Fehlinformation und für die Frage, ob es eine überzeugende Lösung dafür gibt.

1. Arten von Beschränkungen, die in den Anwendungsbereich meiner Kritik fallen

Bevor ich meine Argumente gegen die Behauptung vorbringe, dass Regierungen oder private Akteure wie soziale Medienunternehmen Fehlinformationen im öffentlichen Raum unterdrücken sollten, ist es wichtig klarzustellen, dass ich mich nicht pauschal gegen Zensur im Allgemeinen ausspreche oder eine vollständig deregulierte öffentliche Sphäre verteidige. Es gibt bedeutende Arten von Inhalten und Äußerungen, für die man ein starkes Argument für Zensur, ein gesetzliches Verbot oder eine Bestrafung anführen kann. Nur wenige würden zum Beispiel grundsätzlich dagegen sein, dass die Herstellung und Verbreitung von Kinderpornografie unter Strafe gestellt werden sollte; und nur wenige würden bestreiten, dass die Verbreitung unbegründeter Gerüchte, die den Ruf einer Person zerstören könnten, den Sprecher für gerichtliche Verfügungen und die Zahlung von Schadenersatz an die Person, deren Ruf und öffentliches Ansehen zu Unrecht gefährdet wird, haftbar machen kann.

Ich behaupte also nicht, dass Zensur per se schlecht ist oder dass Sprache niemals verboten oder bestraft werden sollte. Vielmehr möchte ich die Legitimität und Angemessenheit einer begrenzten Klasse von Sprachbeschränkungen in Frage stellen, nämlich Beschränkungen, die Kommunikation verändern, einschränken oder beseitigen, von der behauptet wird, (a) sie sei ungenau oder irreführend und schädlich für die Gesellschaft, (b) eine von mehreren Meinungen darstellen, die von gesetzestreuen Bürgern in einer laufenden politischen oder wissenschaftlichen Debatte friedlich vertreten werden, (c) angebliche Schäden betreffen, für die auch nicht annähernd einen Konsens unter vernünftigen, gesetzestreuen Bürgern besteht, (d) von echten Personen und Organisationen und nicht von Bots stammen, die sich als Personen und Organisationen ausgeben.³

Falsche Werbung, Kinderpornografie und Anleitungen zum Bombenbau fallen nicht in den Geltungsbereich meiner Argumentation, da keine von ihnen eine von mehreren Meinungen darstellt, die friedlich von gesetzestreuen Bürgern in einer laufenden politischen oder wissenschaftlichen Debatte vertreten werden, während ihre angeblichen Schäden von einem

breiten Konsens unter vernünftigen und gesetzestreuen Bürgern anerkannt werden. Auch die von unpersönlichen Bots, die sich als echte Personen ausgeben, verbreiteten Meinungen fallen nicht in den Anwendungsbereich meiner Argumentation, da offensichtlich betrügerische Formen der Kommunikation keinen plausiblen Anspruch auf Schutz vor Zensur haben. Im Gegensatz dazu können friedliche und gesetzestreue Bürger über Dinge wie die Risiken und Vorteile von Covid-Impfungen und Lockdowns, die Fairness und Angemessenheit von Kohlenstoffsteuern, die Wissenschaft des Klimawandels oder die Vorzüge konkurrierender politischer Parteien unterschiedlicher Meinung sein und sind es auch. Folglich fallen Einschränkungen der Meinungsäußerung über diese Art von Themen in den Anwendungsbereich meiner Argumentation.

Um Fehlinformationen einzuschränken, kann eine Vielzahl von Methoden angewandt werden: Redebeiträge können von einer Zensurbehörde geändert oder redigiert werden, um sie mit einem genehmigten Narrativ in Einklang zu bringen; bestimmte Kategorien oder Fälle von Redebeiträgen können absichtlich für das vorgesehene Publikum weniger sichtbar gemacht werden; bestimmte Redner können von weiteren Beiträgen ausgeschlossen werden, wenn sie gegen „Inhaltsrichtlinien“ verstoßen, oder diese oder jene Strafe kann an missbilligte Inhalte geknüpft werden, wie z. B. eine Geldstrafe oder die vorübergehende Sperrung des Zugangs des Redners zu einem Forum. Beispiele für diese Methoden sind die Entfernung von Büchern von der schwarzen Liste bei *Amazon*, „Shadow-banning“ durch Unternehmen der sozialen Medien, um die Reichweite der Beiträge eines Autors in den sozialen Medien zu verringern, die künstliche Unterdrückung bestimmter Ergebnisse in den Google-Suchalgorithmen und die vorübergehende oder dauerhafte Sperrung von Konten in den sozialen Medien aufgrund von Inhalten, die von einem Nutzer der sozialen Medien geteilt wurden.

2. Versuche, die Meinungsäußerung im Rahmen lebhafter öffentlicher Debatten zu unterdrücken, sind unangemessen und kontraproduktiv

Wenn es sich um Äußerungen handelt, die eine von mehreren Meinungen darstellen, die von gesetzestreuen Bürgern in einer laufenden politischen oder wissenschaftlichen Debatte friedlich vertreten werden, und die keinen offensichtlichen, greifbaren und ernsthaften Schaden für andere Bürger darstellen, wie z. B. die ungerechtfertigte Zerstörung ihres Rufes oder der betrügerische Verkauf eines fehlerhaften Produkts, sind Maßnahmen, die darauf abzielen, Fehlinformationen zu zensieren oder einzuschränken, aus zwei Hauptgründen unangemessen und kontraproduktiv: Erstens, weil die Verleihung des epistemischen Vorrangs an die Meinungen der Regulierungsbehörde sowohl über die Begründetheit einer öffentlichen Kontroverse als auch über die „Schädlichkeit“ der darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen in unangemessener Weise davon ausgeht, dass die Meinungen der Regulierungsbehörde eine besondere Art von epistemischer Autorität genießen, die die Meinungen anderer nicht haben, und dadurch Gefahr läuft, Falschheit und Verwirrung einen falschen oder unverdienten Anstrich von epistemischer Autorität zu verleihen; und zweitens, weil die Motive des Zensors durch potenzielle politische oder finanzielle Vorteile der Zensur bestimmter Stimmen im öffentlichen Raum korrumpiert oder verzerrt sein können.

2.1 Ist der Zensor dem Zensierten epistemisch überlegen?

Mit meinen Ausführungen in diesem Artikel möchte ich nicht bestreiten, dass falsche, irreführende und ungenaue Informationen, manchmal in böswilliger Absicht, der Gesellschaft erheblichen Schaden zufügen können und dies auch tun, indem sie Zweifel und Verwirrung in der Öffentlichkeit säen oder zu unverantwortlichem oder destruktivem Verhalten anregen. Sieht man jedoch von Fällen ungeheuerlich schädlicher Äußerungen ab, die von den meisten verantwortungsbewussten Bürgern erkannt werden, wie z. B. Bots, die sich als echte Personen oder Institutionen ausgeben, oder öffentliche Aufforderungen, andere Bürger zu verletzen oder zu töten, können politische und wissenschaftliche Debatten nicht sicher von falschen, irreführenden und schädlichen Behauptungen „gesäubert“ werden, denn selbst wenn wir davon ausgehen, dass diejenigen, die für die Position des Zensors nominiert sind, reine, gemeinnützige Motive haben, ist es einfach nicht möglich, eine Gruppe von Personen zuverlässig zu identifizieren, deren herausragendes Wissen, Verständnis oder Weisheit sie dazu qualifiziert, eine solche Macht über ihre Mitbürger auszuüben. Dies wird deutlich, sobald wir darüber nachdenken, welche Art von Verfahren wir anwenden könnten, um zuverlässig Personen zu identifizieren, die in laufenden politischen und wissenschaftlichen Debatten eher die richtige Seite einnehmen, so dass sie die Macht der Zensur in einer Weise ausüben können, die eher der Wahrheit als der Unwahrheit folgt.

Das ist kein geringes Problem, denn es gibt keine plausible Grundlage für die Abgrenzung einer aufgeklärten Klasse von Denkern mit überlegenem Wissen oder intellektuellen Fähigkeiten im Vergleich zum Rest der Gesellschaft. Zunächst einmal verfügt niemand, nicht einmal der gebildetste oder brillianteste Mensch, über ein perfektes, unfehlbares Wissen, sei es in moralischen oder wissenschaftlichen Fragen. Kein Mensch verfügt über eine Form von Wissen oder Weisheit, die einzigartig unfehlbar oder unanfechtbar ist. Die Vorstellung, dass es eine überlegene Klasse von Menschen gibt, deren Wissen und Einsichten automatisch das Wissen und die Einsichten anderer übertrumpfen, steht im Widerspruch zur alltäglichen Erfahrung, die bestätigt, dass Menschen, die als hochgradig wissend und weise gelten, schwerwiegende und sogar katastrophale Fehler machen können.

Nun könnte ein Verteidiger der Zensur einwenden, dass ich die Messlatte zu hoch angesetzt habe: Wir brauchen vielleicht keine Zensoren mit unfehlbaren Meinungen, sondern nur Zensoren, deren Meinungen *zuverlässiger* der Wahrheit entsprechen als die Meinungen derjenigen, die ihren Regeln unterliegen. Alles, was wir brauchen, um ein Zensurregime zu rechtfertigen, ist nach dieser Ansicht eine *relative* epistemische Hierarchie, d. h. eine Klasse von Personen, deren Meinungen über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse sind im Großen und Ganzen denen der Personen, deren Äußerungen sie regulieren, *wesentlich* überlegen. Ein Zensor muss nicht völlig unfehlbar sein, nur sehr viel zuverlässiger als der Zensierte.

Wenn wir aber davon ausgehen, dass es kein natürliches oder genetisches Merkmal für eine solche Überlegenheit gibt, wie könnten dann die Personen, die ein Zensurregime entwerfen, die Gruppe von Menschen herausfiltern, deren Meinungen denen der anderen epistemisch überlegen sind? Nehmen wir einmal an, es gäbe tatsächlich jemanden, der zwar nicht unfehlbar ist, aber über ein Wissen verfügt, das den meisten Bürgern, einschließlich ihrer wissenschaftlichen Kollegen, weit voraus ist, und der daher qualifiziert ist, über die Meinungen anderer zu urteilen und die Behörden auf ungenaue und irreführende

Behauptungen hinzuweisen, damit sie diese unterdrücken. Wie könnten wir eine solche Person identifizieren, um ihr die Macht zu übertragen, über die moralischen und wissenschaftlichen Behauptungen derjenigen zu entscheiden, die weniger erfahren und weise sind als sie?

Eine Möglichkeit wäre, eine Person mit unbestreitbar überlegenem Wissen zu finden, die die Experten zensoren benennt. Aber in diesem Fall müssten wir fragen, auf welcher Grundlage dieser Zuständige selbst als erkenntnistheoretisch überlegen und daher zur Ernennung von Zensur-Experten berechtigt war. In der Praxis müsste das überlegene Wissen des Zensur-Experten oder der Person, die den Zensur-Experten vorschlägt, durch ein öffentlich überprüfbares Verfahren ermittelt oder bestätigt werden. Andernfalls würden wir unter einem Zensurregime leben, das auf einem Akt des blinden Glaubens an das überlegene Wissen des Zensors beruht, was dem Geist der Wissenschaft und der rationalen Untersuchung völlig zuwiderlaufen würde.

Wie könnte also ein solches öffentlich überprüfbares Auswahlverfahren aussehen? Da wir uns nicht auf das blinde Vertrauen in die erkenntnistheoretische Überlegenheit des Zensors oder desjenigen, der den Zensor vorschlägt, verlassen können, müsste sich ein solides Nominierungsverfahren auf eine Art öffentlich verständliche erkenntnistheoretische „Abkürzung“ oder einen Stellvertreter für überlegenes Wissen oder Weisheit stützen, und zwar von der Art, die von Politikern und normalen Bürgern erkannt werden kann, die nicht notwendigerweise selbst mit überlegenem Wissen ausgestattet sind und nicht notwendigerweise selbst über intime Kenntnisse der Wissensgebiete verfügen, die sie geregelt sehen möchten. Der offensichtlichste Vertreter dieser Art ist das *angebliche Wissen* einer Person oder Institution. Zum Beispiel könnte jemand als Zensor nominiert werden, weil er einen Dokortitel der Harvard Universität, eine beeindruckende Publikationsliste, einen Nobelpreis oder herzerwärmende Empfehlungsschreiben von anderen angesehenen Experten hat.

Das Problem ist, dass keine dieser Referenzen, egal wie beeindruckend sie auch sein mögen, vernünftigerweise garantieren kann, dass jemand als Wissenschaftler oder Denker so herausragend überlegen ist, dass er es verdient, über die von seinen Kollegen und Mitbürgern vorgebrachten Behauptungen zu urteilen. Denn weder moralisches noch wissenschaftliches Wissen und Verstehen sind mit beruflichem Prestige gleichzusetzen. In der Tat können berufliche Anerkennung und Bewunderung, die von nicht-wissenschaftlichen Faktoren wie Politik und Gruppendenken beeinflusst werden, in eine ganz andere Richtung als wissenschaftlicher Fortschritt und Aufklärung führen. Die Tatsache, dass eine Person unter Gleichgesinnten Berühmtheit erlangt und eine andere nicht, sagt nichts darüber aus, wer von diesen Personen klüger oder einsichtiger in seinen Urteilen ist. Die Tatsache, dass die Arbeit eines Wissenschaftlers die Gunst eines Nobelpreiskomitees findet oder die Schirmherrschaft einer bedeutenden Institution erlangt, bedeutet nicht zwangsläufig, dass andere Wissenschaftler mit anderen oder weniger glamourösen Referenzen weniger zuverlässig sind oder ein schlechteres Verständnis der Realität haben.

In einem Zensurregime, das durch angebliches „Expertenwissen“ gesteuert wird, hätten diejenigen, die angeblich weiser oder kenntnisreicher sind als andere, die Befugnis, per Erlass zu erklären, dass die Meinungen bestimmter Bürger und Wissenschaftler zensiert oder aus dem Index gestrichen werden sollten. Der Öffentlichkeit zu verbieten, nur weil diejenigen, die derzeit den Stuhl des Zensors besetzen, solche Meinungen als „ungenau/irreführend und

(entweder absichtlich oder unabsichtlich) schädlich“ ansehen. Das Problem ist, dass Reputationsindikatoren nicht eindeutig die klügsten Köpfe oder die zuverlässigsten Informationsquellen ausmachen, wenn man sie aus der Vogelperspektive betrachtet. Denn jemand kann sich seinen Ruf durch zweifelhafte oder betrügerische Mittel erworben haben. Und selbst wenn sich jemand seinen Ruf für Weisheit und Wissen durch ehrliche Mittel erworben hat, qualifiziert dies diese Person nicht in einzigartiger Weise, über die Meinungen anderer zu urteilen. Denn es ist ganz normal, dass *auf beiden Seiten* einer wissenschaftlichen oder moralischen Debatte vernünftige Bürger und angesehene und anerkannte Wissenschaftler und Gelehrte stehen. Folglich wird ein Zensurregime, das auf Ansehen oder Prestige beruht, zu einer Situation führen, in der Meinungsverschiedenheiten zwischen Menschen, die als in etwa gleichwertig angesehen werden, durch einen rohen Akt der Macht beigelegt werden müssen. Das ist Gewalt und keine wissenschaftliche Debatte und Untersuchung.

Tatsache ist, dass es kein Verfahren gibt, mit dem wir zuverlässig eine Expertenklasse identifizieren können, deren Ansichten automatisch als erkenntnistheoretisch überlegen gegenüber denen ihrer Kollegen angesehen werden können oder die Immunität vor Kritik verdient. Wenn wir akzeptieren würden, dass eine solche Klasse von Personen identifiziert und mit der Aufgabe betraut werden könnte, politische und wissenschaftliche Debatten einseitig von „Fehlinformationen“ zu säubern, müssten wir das vorherrschende Verständnis des wissenschaftlichen Betriebs als Präsentation von evidenzbasierten Hypothesen, die innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft öffentlich widerlegt und korrigiert werden können, ablehnen. Denn in einem System, in dem bestimmte Personen oder Kohorten einseitig zensieren können, was sie für falsche/ungenau und schädliche Informationen halten, sind die Meinungen der Zensoren – die, wie wir gesehen haben, nicht unbedingt besser qualifizierte Richter sind als diejenigen, die sie zensieren – effektiv vor öffentlicher Anfechtung, Korrektur oder Widerlegung durch ihresgleichen geschützt. Und dies ist das genaue Gegenteil von Wissenschaft und rationaler Untersuchung.

2.2 Ist der Zensor moralisch qualifiziert, die Macht der Zensur auszuüben?

Abgesehen von der Tatsache, dass es kein öffentlich überprüfbares Verfahren gibt, um eine Gruppe von Personen auszuwählen, die weiser oder kenntnisreicher sind als alle anderen, und daher kein Grund zu der Annahme besteht, dass die Meinungen des Zensors zuverlässiger mit der Wahrheit übereinstimmen als die der Zensierten, besteht auch ein sehr ernstes Risiko, dass die Instrumente der moralischen und wissenschaftlichen Zensur für private oder politische Zwecke missbraucht werden könnten. Sicherlich ist die Macht, die Meinung einiger Bürger selektiv zum Schweigen zu bringen, ein wichtiges und attraktives Kontrollinstrument. Es kann eingesetzt werden, um unliebsame Kritiker zum Schweigen zu bringen, die Berichterstattung über ein bestimmtes soziales oder politisches Thema zu kontrollieren oder eine lukrative Branche oder ein Produkt vor öffentlicher Kritik zu schützen. Eine solche Macht in den Händen ehrgeiziger Politiker oder Regulierungsbehörden wäre eine Einladung zu Korruption und Missbrauch.

Selbst wenn wir voraussetzen, dass es einige Fälle von gutartigem und aufgeklärtem Gebrauch von politischer und wissenschaftlicher Zensur geben mag, legt die Geschichte der Zensur nahe, dass dies die Ausnahme und nicht die Regel ist. Historisch gesehen haben

diejenigen, die über Zensurbefugnisse verfügen, diese Befugnisse genutzt, um ihre Kritiker zum Schweigen zu bringen und sich und die Gesellschaft vor unbequemen Wahrheiten und beunruhigenden Fragen zu schützen. Dies ist ein immer wiederkehrendes Muster, von der politischen Verfolgung antiker griechischer Philosophen über das Verbot von Büchern in der frühen Neuzeit und die Bücherverbrennung in Nazi-Deutschland bis hin zur Inhaftierung regimekritischer Journalisten in Ländern wie der Türkei und China und der Unterdrückung von Lab-Leak Theorien zum Ursprung des Coronavirus auf *Facebook*. Es wäre naiv zu glauben, dass sich die Menschen so weit entwickelt haben, dass diese historische Tendenz von einer heiligeren oder moralisch reiferen Generation von Herrschern abrupt beendet werden wird, oder zu glauben, dass die westlichen Regierungen und Medienkonzerne des 21. Jahrhunderts immun gegen diese Tendenz wären. Der Fluss von Informationen und Ideen formt die Meinung der Öffentlichkeit, und diejenigen, die die Macht in der Gesellschaft innehaben, sei es finanziell oder politisch, haben ein natürliches Interesse daran, dass Informationen und Ideen in der öffentlichen Sphäre nicht ihrem öffentlichen Image und ihren eigenen Interessen schaden.

Zensur ist so alt wie die Politik. Es wird immer im Interesse einiger liegen (insbesondere derjenigen, die viel Macht über andere ausüben), den Fluss von Informationen und Argumenten zu kontrollieren, sei es, um ihre Karrieren zu schützen oder ein Narrativ zu stärken, das ihnen hilft, ihre Machtposition oder ihren Einfluss zu erhalten. Mächtige Akteure zögern oft nicht, wenn sie die Möglichkeit haben, Stimmen zum Schweigen zu bringen, die ihre Politik oder ihre gesellschaftliche Position untergraben, unabhängig vom Wahrheitsgehalt des zensierten Inhalts. Autoritäre Herrscher bringen ihre politischen Kritiker zum Schweigen, da laute Kritik an ihrem Regime als politische Bedrohung wahrgenommen wird. Große Unternehmen haben ebenso einen starken Anreiz, Whistleblower und alle anderen Stimmen, die ihre Produkte oder ihren Ruf untergraben, zum Schweigen zu bringen. Das beständige Wirken dieser Anreize bedeutet nicht, dass Zensurbefugnisse immer und überall zu privaten Zwecken missbraucht werden. Aber es bedeutet, dass Zensurbefugnisse immer anfällig für die Kooptation durch Einzelinteressen sind und dass mächtige Akteure nicht darin zurückbleiben werden, die strategischen Vorteile solcher Befugnisse zu erkennen. Kurz gesagt, abgesehen von der Tatsache, dass die epistemische Überlegenheit des Zensors einer Überprüfung nicht standhält, ist die Fähigkeit, andere zu zensieren, eine Macht, die zu Missbrauch und Korruption einlädt.

3. Das öffentliche Gespräch als Entdeckungsprozess

Diejenigen, die die Institutionalisierung politischer und wissenschaftlicher Zensur befürworten – sei es offen (z. B. rechtliche Bestrafung missbilligter Äußerungen) oder subtil (z. B. Verringerung der Sichtbarkeit bestimmter Beiträge in sozialen Medien) – scheinen zu glauben, dass die Entdeckung und Verfeinerung von Wissen durch die aktive Unterdrückung falscher, irreführender und schädlicher Meinungen durch eine zentrale Behörde gefördert werden kann. Da es jedoch willkürlich ist, die Meinungen eines Zensors als denen anderer überlegen zu betrachten, ist die Vorstellung, dass der Prozess des Wissenserwerbs auf vorteilhafte Weise zentral gesteuert werden kann, höchst unplausibel. Der Versuch, einen solchen Prozess mit den Mitteln der Zensur zentral zu steuern, ist mit Sicherheit höchst

kontraproduktiv. Dies lässt sich besser verstehen, wenn wir die Art des Prozesses betrachten, durch den menschliches Wissen aufgedeckt wird.

Die menschliche Suche nach der Wahrheit ist ein holpriger Entdeckungsprozess mit unerwarteten Wendungen, keine Form der Untersuchung, deren Ergebnis vorherbestimmt oder starr durch eine vorgefasste Vorstellung von Wahrheit kontrolliert werden kann, die nur einer speziellen, gesalbten Klasse von „Experten“ zugänglich ist. Die Wahrheit entsteht allmählich, durch einen fortlaufenden Prozess der Korrektur und Verfeinerung, ein Prozess, in dem Beweise und Argumente eine mindestens ebenso wichtige Rolle spielen wie erkenntnistheoretische Referenzen und Prestige. Wie ein Autor es ausdrückte, „ist der Fortschritt in den Wissenschaften zerklüftet und ungleichmäßig, und jeder Schritt ist, wie jeder Kreuzworträtsel-Eintrag, fehlbar und revidierbar“ (Haack 2008, 29). Dieser Korrektur- und Verfeinerungsprozess kann nur unter Bedingungen stattfinden, unter denen die Gesprächsteilnehmer die Freiheit haben, ihre Meinungen zu vertreten und Einwände gegen die Meinungen anderer zu erheben, die sie für angebracht halten. Jeder Versuch, eine bestimmte Gruppe von Meinungen vor Kritik und Anfechtung schließt den Entdeckungsprozess künstlich ab und ersetzt einen sich entwickelnden Konsens, der durch rationale Prüfung und Debatte bestätigt wird durch das Dogma des Zensors. Es gibt einfach keine Möglichkeit, ein für alle Mal zu entscheiden, wer der Wahrheit am nächsten kommt oder wer der brillianteste Kopf im Raum ist, wenn es keine offene und ungezwungene rationale Untersuchung und Debatte gibt. Wie es der englische Liberale und Bürgerrechtler John Stuart Mill so treffend formulierte:

Die Meinung, die man mit Hilfe der Autorität zu unterdrücken versucht, mag vielleicht wahr sein. Diejenigen, die sie unterdrücken wollen, leugnen natürlich ihre Wahrheit; aber sie sind nicht unfehlbar. Sie haben nicht die Befugnis, die Frage für die gesamte Menschheit zu entscheiden und jeden anderen Menschen von der Möglichkeit des Urteils auszuschließen. Einer Meinung das Gehör zu verweigern, weil man sich sicher ist, dass sie falsch ist, bedeutet anzunehmen, dass ihre Gewissheit das Gleiche ist wie absolute Gewissheit. Jede Unterdrückung der Diskussion ist eine Annahme der Unfehlbarkeit. (Mill 1991/1859, Kap. 2, „Von der Freiheit des Denkens und der Diskussion“).

Die systematische Einschränkung von Fehlinformationen kann die Entdeckung von Wissen auf zweierlei Weise behindern: erstens durch die Unterdrückung oder künstliche Verringerung der Sichtbarkeit von Beiträgen zur Diskussion, die von der Regulierungsbehörde missbilligt werden. So kann eine Aufsichtsbehörde beispielsweise anordnen, dass ein Buch aus den Regalen genommen wird, oder sie kann beschließen, bestimmte Beiträge in den sozialen Medien zu sperren, so dass ihr Inhalt für den größten Teil ihres Zielpublikums unsichtbar wird. Auf diese Weise legt die Aufsichtsbehörde den Daumen auf die Waage, um sicherzustellen, dass bestimmten Perspektiven und Argumenten weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird als anderen. Dies stört natürlich den Entdeckungsprozess, indem bestimmte Ideen vorsorglich unterdrückt oder in ihrer Sichtbarkeit eingeschränkt werden, *nur weil diese oder jene Autoritätsfigur dies sagt*, anstatt sie zusammen mit anderen auszuprobieren.

Eine zweite Möglichkeit, wie Zensur den Entdeckungsprozess behindern kann, ist die abschreckende Wirkung auf das öffentliche Gespräch. Wenn die Menschen bemerken, dass Meinungen, die von der anerkannten Darstellung abweichen, unterdrückt, zensiert oder bestraft werden, sind sie weniger geneigt, die vorherrschende Darstellung in Frage zu stellen, als sie es sonst tun würden. Wenn Sie zum Beispiel einen *Twitter/X*-Account mit einer großen Fangemeinde haben, die Sie über viele Jahre hinweg aufgebaut haben, und Sie wissen, dass

Sie sich dem Risiko aussetzen, dass Ihr Account entweder dem „Shadow-banning“ unterworfen oder ganz geschlossen wird, sollten Sie sich kritisch gegenüber der vorherrschenden Darstellung äußern, sei es zu Transgender-Identität, Covid-Impfstoffen oder dem Krieg in der Ukraine, dann sind Sie vielleicht geneigt, es zu vermeiden, abweichende Meinungen zu solchen Themen zu äußern. Wenn genügend Menschen aus Angst vor Zensur schweigen, führt dies dazu, dass die Präsenz bestimmter Meinungen und Argumente in der Öffentlichkeit drastisch reduziert wird. Dies verschafft den von der Zensur unterstützten Meinungen einen unfairen Vorteil – einen Vorteil, der durch Gewalt und Macht gewonnen wird, und nicht durch die Kraft des besseren Arguments.

Der irrationale Charakter von Eingriffen, die darauf abzielen, eine Seite in einer sich entfaltenden politischen und wissenschaftlichen Kontroverse zu unterdrücken, ist aus der Geschichte der Zensur selbst hinreichend ersichtlich. Gelegentlich mag ein Zensor richtig liegen – das ist statistisch unvermeidlich. Aber wenn der Zensor das Ergebnis einer komplexen Debatte aufgrund seiner eigenen subjektiven Einschätzung vorwegnimmt, krönt er vorzeitig einen epistemischen Sieger, und das führt zwangsläufig dazu, dass falsche oder unplausible Ansichten vor Kritik geschützt werden und eine ungerechtfertigte Aura der Unbesiegbarkeit annehmen. Denken Sie beispielsweise daran, wie Facebook und andere Unternehmen der sozialen Medien auf der Grundlage von Aussagen prominenter Wissenschaftler Behauptungen zensierten, wonach das Coronavirus auf ein Leck in einem Labor zurückzuführen sei, dann aber gezwungen waren, diese Politik zurückzunehmen, als führende Wissenschaftler – einschließlich derjenigen, die die Hypothese eines Lecks in einem Labor zunächst bestritten hatten, wie Anthony Fauci – zugaben, dass ein solches Szenario nicht ausgeschlossen werden konnte. Oder denken Sie daran, wie Kritiker der Covid-Impfstoffe schon früh auf Plattformen wie *Facebook* und *Twitter* zensiert wurden, aber schließlich die Erlaubnis erhielten, sich zu äußern ihre Kritik, als die offiziellen Aufsichtsbehörden Sicherheitsbedenken in Bezug auf einige der Covid-Impfstoffe einräumten. In dieser Situation wurden berechtigte Kritiken, die den Erkenntnissen der Aufsichtsbehörden vorgriffen, zum Schweigen gebracht, und eine bestimmte Darstellung, die Sicherheitsbedenken leugnete, eine Darstellung, die sich als falsch herausstellte, wurde vor öffentlichen Anfechtungen geschützt.

4. Können wir gegen Fehlinformationen vorgehen, ohne die Redefreiheit einzuschränken?

Bisher haben wir gesehen, dass die Argumente für die Unterdrückung von Fehlinformationen durch Instrumente wie Zensur und das Shadow-banning auf einer unplausiblen Idealisierung der erkenntnistheoretischen und moralischen Qualifikationen des Zensors und einer zutiefst verzerrten Vorstellung von öffentlicher Debatte und rationaler Untersuchung beruhen, die durch den Schutz bestimmter Behauptungen vor öffentlicher Anfechtung sicher in den Hafen gelenkt werden kann. Wir haben auch gesehen, dass Zensurregime, weit davon entfernt, die Suche nach der Wahrheit zu unterstützen, den Entdeckungsprozess, durch den Meinungen verbessert und auf den Prüfstand gestellt werden, künstlich unterbrechen und bestimmte Meinungen vorschnell als epistemische Sieger krönen, bevor sie einer angemessenen Prüfung in der Öffentlichkeit unterzogen wurden.

Doch wie steht es nun um das Problem der ungenauen/irreführenden und schädlichen Informationen, die in der digitalen Öffentlichkeit kursieren? Dass in unserer Öffentlichkeit ungenaue/irreführende und schädliche Informationen im Umlauf sind, und dass dies manchmal ganz bewusst und böswillig geschieht, scheint offensichtlich genug. So haben beispielsweise Pharmaunternehmen hohe Summen für die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten gezahlt, weil sie die Sicherheit oder den Nutzen ihrer Produkte in einer Weise falsch dargestellt haben, die Patienten unnötigen Risiken ausgesetzt hat.⁴ Ebenso ist es möglich, dass eine Bürgerin, der fälschlicherweise versichert wird, dass ein lebensrettendes Medikament gefährlich ist, auf eine Gelegenheit verzichtet, ihre eigene Gesundheit oder die ihres Kindes zu fördern. Es lässt sich wohl kaum bestreiten, dass wir alle ein Interesse daran haben, die Menge an falschen, ungenauen und irreführenden Informationen in der Öffentlichkeit zu verringern.

Daraus folgt jedoch nicht, dass wir ungenaue/irreführende und schädliche Informationen ohne weiteres auf einige wenige identifizierbare Quellen zurückführen können, und zwar in einer Weise, die öffentlich überprüfbar ist, oder dass wir eine solche Aufgabe sicher einer bestimmten institutionellen Einrichtung anvertrauen können. Zunächst einmal ist die Vorstellung, dass man sich darauf verlassen kann, diejenigen, die über die Macht zur Zensur verfügen, seien es Regierungen, private Unternehmen oder „Faktenprüfungs“-Dienste, nur wahre und korrekte Informationen weitergeben und niemals irreführende Propaganda betreiben, die speziellen Interessen dient, unplausibel und naiv. Das Amt eines Zensors, sei es in einer privaten oder staatlichen Organisation, macht den Inhaber oder seine Vorgesetzten in keiner Weise immun gegen politische Voreingenommenheit, finanzielle Anreize, wissenschaftliche Irrtümer und Verwirrung oder die Einflüsse von Sonderinteressen.

So kleiden zum Beispiel die gleichen Regierungen, welche die von ihren Feinden verbreiteten „Fehlinformationen“ verurteilen, ihre eigenen Kriegskampagnen fast immer in eine edle, altruistische und patriotische Sprache, auch wenn es sich im Kern um Eroberungskriege handelt. In ähnlicher Weise wurde die Befugnis zur Zensur in der Vergangenheit genutzt, um politisch Andersdenkende zu unterdrücken und autoritäre und totalitäre Ideologien zu verteidigen, sei es der Kommunismus in Russland oder der Nationalsozialismus in Deutschland. In jüngerer Zeit haben wir erlebt, wie Unternehmen der sozialen Medien ihre Autorität – manchmal mit Unterstützung von Regierungen – dazu genutzt haben, Behauptungen zu unterdrücken, die sich später als wahr oder zumindest als plausibel erwiesen haben, wie z. B. die Idee, dass Covid aus einem Labor hervorgegangen ist, die Idee, dass mRNA-Impfstoffe erhebliche Gesundheitsrisiken bergen, und die Idee, dass die Beweise für die Wirksamkeit von Mund-Nasen-Masken alles andere als schlüssig waren.

All dies deutet darauf hin, dass die Verursacher von Fehlinformationen in der gesamten Gesellschaft verstreut sind und Privatpersonen, Regierungen, private Unternehmen, Fact-Checking-Organisationen oder soziale Medienunternehmen sein können. Wenn wir eine Behörde zur Überprüfung von Fakten oder zur Desinformation einrichten, kann diese Behörde selbst von privaten Interessen vereinnahmt werden, sie kann wissentlich irreführende Informationen verbreiten oder sie kann unschuldig erhebliche sachliche Fehler übernehmen. Es stellt sich also heraus, dass die Abgrenzung zwischen guten und schlechten Informationsquellen ein sehr heikles Problem ist, das nicht einfach dadurch gelöst werden kann, dass man es an diese oder jene epistemische Autoritätsperson oder Institution delegiert. Denn jede Person oder Institution, die wir als erkenntnistheoretische Autorität

betrachten, kann sowohl wahre als auch falsche Meinungen verbreiten, weil wir keinen guten Grund haben anzunehmen, dass eine solche Person oder Institution in öffentlich umstrittenen Fragen entweder erkenntnistheoretisch zuverlässig oder von politischen und finanziellen Sonderinteressen unabhängig ist.

Das bedeutet, dass das Problem der Fehlinformation nicht durch einen unabhängigen Richter gelöst werden kann, der über dem diskursiven Prozess steht und gottähnlich eingreift, um den öffentlichen Raum von falschen und irreführenden Behauptungen zu säubern. Daraus folgt jedoch nicht, dass es keinerlei Mechanismen gibt, die wir nutzen können, um falsche und irreführende Behauptungen auszusortieren. Da ist zunächst einmal der diskursive Prozess selbst. Ein freier und offener Diskurs erlaubt es widerstreitenden Wahrheitsansprüchen, konkurrierende Argumente und Beweise vorzubringen. Mit der Zeit können die Schwächen bestimmter Behauptungen und Theorien durch den Druck von Gegenargumenten aufgedeckt werden. Dieser Prozess kann Jahre, Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte dauern. Bestimmte Ideen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt als selbstverständlich gelten, können sich jedoch zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund des Gewichts der aufkommenden Beweise und Einwände als falsch herausstellen.

Dennoch sollten wir die Macht des diskursiven Prozesses nicht überbewerten. Obwohl ein freier und offener Diskurs die einzige Möglichkeit ist, Behauptungen auf den Prüfstand zu stellen und die Vorzüge konkurrierender Argumente zu vergleichen und gegenüberzustellen, hängt der Erfolg eines offenen Gesprächs bei der Aufdeckung von Wahrheiten und Unwahrheiten natürlich von der ethischen und wissenschaftlichen Qualität der Teilnehmer, der Qualität der Moderationsverfahren und davon ab, ob die Gesprächsregeln einen robusten und zivilen Dialog fördern oder es den Teilnehmern ermöglichen, sich gegenseitig für ihre Behauptungen zur Verantwortung zu ziehen.

Die bloße Tatsache, dass die Konversation zwanglos und offen für unterschiedliche Sichtweisen ist, garantiert nicht, dass die Teilnehmer intellektuell ernsthaft oder dem Streben nach Wahrheit verpflichtet sind; sie garantiert auch nicht, dass die diskursiven Institutionen gegenüber leichtfertigen und böswilligen Eingriffen wie der Überflutung eines Kanals mit Bots, dem Niederschreien von Sprechern oder inhaltslosen Beleidigungen robust sind. Schließlich wird es selbst im besten Fall, wenn der diskursive Prozess gut konzipiert ist und von ehrlichen und ethisch seriösen Menschen durchgeführt wird, wahrscheinlich viele komplexe und schwierige Themen geben, über die Menschen guten Willens auf absehbare Zeit nicht einer Meinung sein werden oder bei denen der Sachverhalt auf absehbare Zeit ungewiss bleiben kann.

Dies sind wichtige Vorbehalte in Bezug auf die Macht der freien Forschung als Mittel zur Wahrheitsfindung. Ungeachtet dieser Vorbehalte können wir, wenn meine Argumentation durchgeht, zumindest eine Strategie zum Schutz der Integrität des diskursiven Prozesses als inhärent ineffektiv und kontraproduktiv ausschließen, nämlich die zentralisierte oder von oben nach unten gerichtete Unterdrückung von Behauptungen, die vom Zensor als unwahr oder irreführend erachtet werden, sei es durch private Zensur (z. B. durch Social-Media-Unternehmen) oder staatlich geförderte Zensur (z. B. Verbot bestimmter Bücher oder gesetzliche Verpflichtung von Social-Media-Unternehmen zur Zensur von „Fehlinformation“).

Die Versuchung, den politischen und wissenschaftlichen Diskurs mit schwerfälligen Zensurinstrumenten von „Fehlinformationen“, d.h. falschen, irreführenden und schädlichen

Inhalten, zu säubern, wird wohl so schnell nicht verschwinden. In einigen Fällen werden Menschen Zensurstrategien verfolgen, weil sie irrtümlich, aber ehrlich davon ausgehen, dass es für einen Zensor möglich ist, Fehlinformationen in einer öffentlich autoritativen und unparteiischen Weise zu identifizieren und einzuschränken, und dass dies dazu beitragen wird, die Qualität des öffentlichen Diskurses zu verbessern; in anderen Fällen werden Menschen Zensurstrategien bevorzugen, weil sie glauben, dass dies ihr eigenes öffentliches Image oder ihre eigenen Interessen schützen wird. Unabhängig davon, ob der Vorstoß zur Zensur politischer und wissenschaftlicher Debatten gut gemeint ist oder nicht, muss ihm entschieden widerstanden werden, denn ironischerweise untergräbt das Bemühen, vermeintliche „Fehlinformationen“ zu unterdrücken, wie ich in diesem Artikel hoffentlich gezeigt habe, in Wirklichkeit die rationale Untersuchung und untergräbt die Bedingungen, unter denen falsche, schädliche und irreführende Informationen wirksam aufgedeckt werden können.

-
- ¹ Par. 9 des Berichts des Generalsekretärs der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2022 „Bekämpfung von Desinformation zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ verdeutlicht diese Sichtweise: „Die Verbreitung von Desinformation [Informationen, die „ungenau sind, zur Täuschung dienen und mit dem Ziel verbreitet werden, schweren Schaden anzurichten“] kann verheerende Auswirkungen auf unsere Gesellschaften haben und ein breites Spektrum von Menschenrechten untergraben. Desinformationen über Gesundheitsmaßnahmen wie Impfstoffe können schwere körperliche Schäden und den Verlust von Menschenleben verursachen. Desinformation im Zusammenhang mit Wahlen kann das Recht auf freie und faire Wahlen und auf Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten untergraben. Desinformation kann Hassreden beinhalten, die zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt anstiften“. Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern sagte am Freitag, den 23. September 2022, in einer Rede vor den Vereinten Nationen: „Als Staats- und Regierungschefs sind wir zu Recht besorgt, dass selbst die behutsamsten Ansätze zur Bekämpfung von Desinformation als feindselig gegenüber den Werten der Meinungsfreiheit, die wir so hoch schätzen, missverstanden werden könnten. Aber auch wenn ich Ihnen heute nicht sagen kann, wie die Antwort auf diese Herausforderung lautet, kann ich mit absoluter Sicherheit sagen, dass wir sie nicht ignorieren können. Dies würde die Normen, die wir alle schätzen, gleichermaßen gefährden... Wie kann man den Klimawandel bekämpfen, wenn die Menschen nicht an seine Existenz glauben?“ Die vollständige Rede finden Sie unter <https://www.newshub.co.nz/home/politics/2022/09/full-speech-jacinda-ardern-addresses-un-general-assembly.html>
 - ² In Artikel 11 der EU-Charta der Grundrechte heißt es beispielsweise: „Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit der Meinungsäußerung sowie die Freiheit ein, Informationen und Gedankengut ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Grenzen zu empfangen und weiterzugeben ... Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität sind zu achten“.
 - ³ Es sei darauf hingewiesen, dass alle derartigen Beschränkungen als Formen der „Zensur“ bezeichnet werden können, wenn wir die Definition der Online-Zyklus Britannica akzeptieren, die besagt, dass „die Änderung oder Unterdrückung oder das Verbot von Sprache oder Schrift, die als subversiv für das Gemeinwohl angesehen werden“ (<https://www.britannica.com/topic/censorship>).
 - ⁴ In einem Vergleich, den das US-Justizministerium am 2. September 2009 als den „größten Vergleich in der Geschichte des Gesundheitswesens“ bezeichnete, zahlte Pfizer 2,3 Milliarden US-Dollar, um straf- und zivilrechtliche Vorwürfe auszuräumen, das Unternehmen habe unrechtmäßig für die Verwendung von vier seiner Medikamente geworben. Die Einzelheiten sind auf der Website des

Office of Public Affairs des Justizministeriums zu finden: [https://www.justice.gov/ opa/pr/justice-department-announces-largest-health-care-fraud-settlement-its-history](https://www.justice.gov/opa/pr/justice-department-announces-largest-health-care-fraud-settlement-its-history) (letzter Zugriff am 17. April 2024).

Literatur

- Haack, Susan. 2008. Putting Philosophy to Work: Inquiry and Its Place in Culture - Essays on Science, Religion, Law, Literature, and Life. New York: Prometheus Books.
- Mill, John Stuart. 1991. "On Liberty", herausgegeben von Gray John, In On Liberty and Other Essays, 5 - 128.
- Oxford University Press.